

Wut in Freiberg – Wie ein Sachsenspiegel

Stand: 16.01.2022 | Lesedauer: 21 Minuten

Von **Wolfgang Büscher, Alexander Dinger, Alexej Hock**



Immer wieder montags: Demonstranten in der Freiburger Innenstadt

Quelle: Martin U. K. Lengemann/WELT

In ganz Deutschland gehen Menschen wegen Corona-Maßnahmen auf die Straße. Doch in Sachsen wirkt die Entfremdung von der Politik tiefer. Woher das kommt und was es bedeutet, lässt sich in der traditionsreichen Bergstadt Freiberg beobachten – dem Gegenteil einer abgehangenen Gegend.

Jeder neue Montag steht sächsischen Politikern dräuend bevor, von der Regierung in Dresden bis zu Bürgermeistern im ganzen Land. Zigtausende gehen dann in den Abendstunden spazieren, so nennen sie es, in Städten, Städtchen, Dörfern. Und zwar ordnungswidrig, denn erlaubt waren zuletzt nur Versammlungen von bis zu zehn Personen.

Zu Jahresbeginn zählte die Polizei fast 150 solcher Spaziergänge ([/politik/deutschland/plus236080810/Corona-Spaziergaenge-Ostdeutsche-auf-ihre-Art-radikalere-Demokraten.html](https://politik/deutschland/plus236080810/Corona-Spaziergaenge-Ostdeutsche-auf-ihre-Art-radikalere-Demokraten.html)). In den vergangenen Tagen listete die rechte Kleinpartei Freie Sachsen im Messengerdienst Telegram ([/wirtschaft/webwelt/plus235738154/Telegram-Warum-die-Politik-gegen-Hass-und-Hetze-in-dem-Netzwerk-so-machtlos-ist.html](https://wirtschaft/webwelt/plus235738154/Telegram-Warum-die-Politik-gegen-Hass-und-Hetze-in-dem-Netzwerk-so-machtlos-ist.html)) 171 auf: unter anderem in Dresden neun, in der Sächsischen Schweiz/Osterzgebirge 20, im

Erzgebirgskreis 29. Je erzgebirgiger, desto renitenter, so scheint es. Maskenlos, regellos, einfach los, zu Hunderten, manchmal zu Tausenden. Auch in Freiberg, zwischen Dresden und Chemnitz gelegen.

Die Stadt mit ihren knapp 40.000 Einwohnern ist so etwas wie Sachsen im Kleinen. Sie wählt wie Sachsen, und manche sagen, sie denke und fühle wie Sachsen. Bei der Bundestagswahl (<https://www.welt.de/themen/bundestagswahl/>) im vergangenen Herbst stimmten die Freiburger ab wie der Rest des Freistaats. Die AfD ([/themen/alternative-fuer-deutschland/](https://www.welt.de/themen/alternative-fuer-deutschland/)) landete auf Platz eins, gefolgt von SPD ([/themen/spd/](https://www.welt.de/themen/spd/)) und CDU ([/themen/cdu/](https://www.welt.de/themen/cdu/)). Die Stimmenanteile in Ort und Bundesland waren nahezu identisch. Und Freiberg ist keine abgehangene Gegend, sondern eine Universitätsstadt mit stolzer Geschichte und einem Bürgertum, das seinen Wohlstand selbstbewusst ausstellte. Die Bergakademie genießt bis heute einen exzellenten Ruf.

Enge Straßen winden sich an hübschen Fachwerkhäusern vorbei. Mit knapp 14 Millionen Euro Schulden gilt Freiberg als wohlhabend verglichen mit anderen sächsischen Kommunen. Das Rückgrat der lokalen Wirtschaft sind mittelständische Unternehmen. Und doch gibt es viele Unzufriedene. Hunderte gehen Montag für Montag auf die Straße.

Wer mit den Menschen dort spricht und auch mit den Sicherheitsbehörden, und wer in den vergangenen Monaten genauer hingesehen hat, der stellt fest, dass in Freiberg wie in Sachsen die Dinge etwas anders liegen als im Rest Deutschlands. Die Wut und die Entfremdung erscheinen dort größer. Warum ist das so?

Zwei Männer und die Wut

Es dunkelt rasch an diesem Januarabend. Noch sind kaum Menschen unterwegs auf dem Obermarkt. Das wird sich bald ändern, es ist ja Montag. Spaziertag. In einer engen Gasse zwischen Petrikirche und Rathaus warten Christoph Hänig und Tobias Neubert darauf, dass es 18 Uhr wird und losgeht.

Die beiden Freiburger sind in der Bürgerinitiative „Dialog für unsere Zukunft“, zu der sich Angestellte, Unternehmer, Krankenschwestern zusammengefunden haben. Immer wieder montags laufen sie durch die Stadt, um gegen die Coronapolitik zu protestieren. Neubert und

Hänig sind, was man die Mitte der Gesellschaft nennt. Neubert ist Steinmetz und Landesinnungsmeister. Hänig arbeitet als Angestellter bei einem kleinen Unternehmen.

Neubert hat sein ergrautes Haar zum Zopf gebunden. Eine Wette, sagt er. Er will erst wieder zum Friseur, wenn die Pandemie vorbei ist. Neubert kennt jede Straße in Freiberg. Seit 1980 arbeitet er als Steinmetz, seit 1991 ist er selbstständig. Sein Betrieb hat 16 Angestellte. Zum Protest hat er seinen Hund mitgebracht, Nico, einen zehn Jahre alten Holländer. „Wir nennen ihn aber Coffee, weil er aus dem Land der Coffee Shops kommt“, sagt Neubert in breitem Sächsisch.

Eigentlich dürfen sich nur zehn Menschen treffen. Da aber viele Demonstranten gemeinsam loslaufen, wird aus Grüppchen schnell ein langer Zug aus etwa 1000 Menschen. Und weil die Polizei das weiß, rollen kurz vor 18 Uhr mehrere Mannschaftswagen auf den Obermarkt und parken vor dem Rathaus.

„Jetzt geht’s gleich los“, sagt Neubert. Wohin sie laufen werden, kann er nicht sagen. Eine Gruppe Männer und Frauen streift an ihm vorbei, mit Schildern. „Mein Körper. Meine Entscheidung“ steht darauf. Oder „Impfpflicht = Pflegenotstand“. Es ist eine angemeldete Demonstration von Pflegekräften in Freibergs Zentrum. Sie wird kurz darauf im großen Marsch aufgehen.

„Wahnsinn“, sagt Neubert. Ständig sieht er Leute, die er kennt und grüßt. In Baden-Württemberg, sagt er, seien die großen „Querdenken“-Demos losgegangen, „aber die Spaziergänge sind in Sachsen gestartet“. Neubert klingt stolz. Als jemand einen Böller zündet, zuckt er zusammen. „Genau das wollen wir nicht.“ Einen Augenblick später hält er einen Jugendlichen mit einer Schnapsflasche an und sagt, er solle die Flasche wegpacken, Alkohol habe hier nichts zu suchen. Der junge Mann zuckt mit den Schultern, setzt den Pfefferminzlikör an und trinkt ihn aus.

Corona habe Dinge verstärkt, sagt Neubert

Neubert ist verheiratet, hat vier Kinder und lebt in einem Stadthaus aus dem 16. Jahrhundert. Er sagt, er habe es in jahrelanger Arbeit selbst restauriert. Lange habe er die CDU gewählt. Aber Corona habe manche Dinge verstärkt, die vorher schon da waren. „Man redet nicht

mehr offen miteinander“, sagt Neubert. Das sei aber wieder nötig, egal welcher Ansicht man sei. Ob man sich impfen lasse oder nicht. Darum gebe es die Bürgerinitiative.

Was er gerne bereden würde?

Christoph Hänig sagt, eines der grundlegenden Probleme sei, dass Meinungen ständig mit zweierlei Maß gemessen würden. Das sei in der Flüchtlingskrise so gewesen und jetzt in Coronazeiten wieder. Er sah die Flüchtlingspolitik kritisch, nun sieht er die Coronapolitik kritisch. Gefalle vielleicht nicht jedem, sei aber nun mal seine Meinung. Und die wolle er sagen dürfen, ohne dass Politiker oder Reporter, die nach Freiberg kommen, ihn und andere Freiburger sofort als Nazis diffamieren. Das gehe ihm umso doller auf die Nerven, weil es dagegen kein Problem zu sein scheint, wenn heute eine Frau sächsische Justizministerin ist, die früher in einer Band „Advent, Advent – ein Bulle brennt“ gesungen hat.

Neubert sagt, er sei 1989 auf der Straße gewesen, in der Wendezeit. Er sei erstaunt, dass es heute, mehr als 30 Jahre später, wieder viele seien. Es müsse wohl eine Unzufriedenheit da sein, eine tiefe, sonst blieben die Leute ja daheim. Er persönlich, sagt Neubert, fürchte, dass ein Staat, der die Freiheit seiner Bürger einmal so stark eingeschränkt habe wie derzeit, sie nicht von selbst wieder zurückgeben wird. „Wir fordern die umgehende und uneingeschränkte Wiederherstellung unserer Grundrechte.“ Auf die Politiker, die das bestimmen, wolle er sich da lieber nicht verlassen. Also demonstriere er.

Wieder kracht ein Böller. Die Polizisten werden unruhig. Sie wollen eine Straße sperren, Neubert kennt einen Umweg, über Seitenstraßen vorbei an der Polizei, vorbei am Hauptbahnhof. „Es wird immer so getan, als liefen hier nur Rechtsextreme“, sagt er. Wenn man entgegnet, dass etwa die Freien Sachsen beim Protest sehr präsent sind, antwortet Neubert: „Die spielen auf den Demos keine Rolle, die sind nur medial aktiv.“ Er gibt allerdings zu, dass die Proteste in Sachsen, auf die er so stolz ist, auch durch diese Gruppierung so bekannt geworden sind.

Kleine Gruppe, große Wirkung

Die Freien Sachsen. Der sächsische Verfassungsschutz beobachtet die junge Kleinpartei und deren Chef, den Chemnitzer Anwalt Martin Kohlmann, wegen rechtsextremistischer Bestrebungen. In der Tat zeigt Kohlmanns politische Vita eindeutige Ausschläge. Er war mal

bei den Republikanern, heute ist er Stadtrat für Pro Chemnitz und kuschelt ganz gerne mit der NPD. Anfang des Jahres gab er der „Deutschen Stimme“, einer Zeitung der NPD, ein Interview. In seiner Funktion als Chef der Freien Sachsen.

Man kann sich also beim Verfassungsschutz über die Freien Sachsen informieren. Oder ihnen auf Telegram folgen, ihrem Sprachrohr im Internet. Sie wurden demnach am 26. Februar vorigen Jahres gegründet, als „Sammlungsbewegung aus verschiedensten freiheitlichen und patriotischen Initiativen“. Wer mitmache, müsse sich nicht „einer fixen Doktrin unterwerfen“. Konsens sei „das Bekenntnis zu einem freiheitlichen Sachsen, das seine historisch gewachsene Identität bewahrt und sich selbstbewusst gegenüber dreisten Vorgaben aus Brüssel und Berlin“ behaupte.

Es fällt auf, wie geschickt die Gruppe Menschen für ihre Anliegen mobilisiert. Und wie sehr die neue Rechte von der alten Linken gelernt hat. Das altbekannte Apo-Arsenal, neu entdeckt: ein populäres Empörungsthema finden. Niedrigschwellig mobilisieren. Eine Bewegung schaffen, in der dann die Kader schwimmen wie Fische im Strom. Der Linken gelang das früher alle paar Jahre. Notstandsgesetze. Vietnamkrieg. Berufsverbote. Und so weiter. Man könnte die Geschichte der Bundesrepublik entlang ihrer Mobilisierungen erzählen.

Was die Freien Sachsen tun, folgt dem gleichen Muster, auf rechts gedreht. Natürlich sind viele Spaziergänger keine Rechtsradikalen. Wie auch viele, die einst gegen Atomkraft demonstrierten, keine Linksradiakalen waren. Es reichte damals und reicht heute, das Wasser zu sein, in dem die Radikalen ihre Welle machen können.

Ihr populärer Empörungspunkt ist Corona. Ihn versuchen sie in eine fundamentale Ablehnung des Staates zu verwandeln. Und das beginnt, wie so oft, mit der Sprache. Am 4. Januar steht im Telegram-Kanal der Freien Sachsen: Polizist sei mal ein ehrenwerter Beruf gewesen, nicht aber „die sog. Einsatzhundertschaften“, die „als Kampfeinheit der Politik gegen die eigenen Bürger verwendet werden“. Von geschlossenen Verbänden ist da die Rede, „Paramilitärs oder Milizen“, Söldnern des sächsischen Ministerpräsidenten, eingesetzt gegen die „Spaziergänger“.

Es ist der Versuch, die Spaziergänger die Sprache eines Bürgerkriegs zu lehren. Erste Lektion: „Gewöhnen wir uns für diese Einheiten deshalb das verharmlosende Wort ‚Polizei‘ ab.“

Solche und ähnliche Behauptungen werden ständig wiederholt, sie stehen zwischen Bekundungen von friedlichem Protest von Bürgern.

„Veto gegen Kretschmer-Diktatur“

Es folgt Lektion zwei. Der Unterkanal „Freie Sachsen Elbflorenz“ spekuliert nach einem Montag zu Jahresbeginn, wie viele wohl in der kommenden Woche auf die Straße kämen. Dresdner, „die ihr Veto gegen die offene Kretschmer-Diktatur und Faschismus bekunden“. Das Lernziel: Nicht nur die Polizei, der ganze Staat ist der Feind. Der Protest gegen die Impfpflicht soll demnach ein Kampf gegen die Diktatur sein und der Diktator der frei gewählte Ministerpräsident.

Lektion drei, für fortgeschrittene Radikale: „Der Thüringer Politiker Björn Höcke hat sich nicht nur mit den Massenprotesten gegen die Coronapolitik solidarisiert, sondern ruft auch die Bürger auf, ihre Angst zu verlieren und der Regierung den Gehorsam zu verweigern“, meldet der Telegram-Kanal kurz vor Neujahr und freut sich. „Starke Worte, so geht Oppositionsarbeit!“

Kohlmann, der rechte Anwalt und Aktivist, gab der „Deutschen Stimme“ der NPD nicht nur das Interview, er holt sie auch alle paar Tage als Gast in seinen Telegram-Kanal. So geht Unterwanderungsarbeit.

Von der Apo abgekupfert sind auch die Rechtsberatung für Demonstranten und das Kulturprogramm. Die Sebnitzer Blumenkinder, die im Namen selbst auf die Hippiezeit anspielen, haben das alte Lied „Sing, mei Sachse, sing“ umgedichtet: „Mit Tests und Quarantäne, da kriegt man ihn nicht kleene“, und, na klar: „Kee Virus kann ihn beißen, dor Sachse is aus Eisen“.

Nach dem Protestzug hat Steinmetz Neubert die Reporter dieser Zeitung in sein Haus eingeladen. Sie dürften nur bitte nicht schreiben, wo genau er wohnt, er sorgt sich, seine Familie könnte Probleme bekommen. Im Erdgeschoss steht ein langer Tisch, darauf Bier und Wasser. Neubert und Hänig haben ein paar andere aus ihrer Bürgerinitiative eingeladen, zusammen sind sie drei Männer, zwei Frauen. Sie wollen erklären, was sie so stört, dass sie Woche für Woche demonstrieren.

Die Demonstranten sagen, 2015 habe sie politisiert, die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, die „unkontrollierte Einwanderung“. Nun sei es die Impfpflicht, die vielleicht bald komme.

Christoph Hänig sagt: „Die Flüchtlingspolitik war auch für mich ein Auslöser.“ Er fühle sich unter Beschuss. Und was die Gegenwart angehe, da wolle er seine Freiheiten zurück, ohne Einschränkungen, ohne Kompromisse. „Der Staat hat sich aus meinem Leben herauszuhalten.“ Er befürchte sogar, dass sich Deutschland auf dem Weg in einen totalitären Unrechtsstaat befinde.

Meint er das ernst?

Hänig sagt, er komme aus einem christlichen Haus, sei in einem Pfarrhaus aufgewachsen. „Ich war der Einzige in meiner Klasse, der nicht bei den Pionieren und der FDJ war. Bloß nicht das Falsche sagen – das kenne ich noch.“ Allerdings ließ die Führung der DDR Menschen bespitzeln und ins Gefängnis stecken, weil sie unliebsame politische Ansichten hatten. Also noch einmal die Frage, ob Hänig wirklich das Gefühl hat, Deutschland sei auf dem Weg zum Unrechtsstaat?

„Wenn es so weitergeht, ja“, sagt er. Denn ein Rechtsstaat schütze Minderheiten. Und er, Hänig, der ungeimpft sei und es bleiben wolle, fühle sich diskriminiert.

Das Empfinden, nicht offen sprechen zu dürfen

Das Gespräch in Neuberts Fachwerkhaus dauert etwa zwei Stunden. Es geht um persönliche Freiheit, den Sinn von Masken und Impfungen. Und immer wieder um das Empfinden, nicht offen sagen zu dürfen, was man denkt. Diese fünf Männer und Frauen haben, wie viele der anderen Demonstranten, ein tiefes Misstrauen gegen Politiker und vor allem Medien entwickelt. Kaum jemand hat noch ein Abo einer Tageszeitung. Die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender gelten, von einzelnen Formaten etwa auf Arte, als etwas, das man ablehnt. Viele beziehen ihre Informationen über den Chatdienst Telegram. Menschen wie Neubert und Hänig. Berufstätig. Wirtschaftlich erfolgreich. Zum Teil mit eigenen Firmen und oft intakten Familien.

Woher der Groll und die Abkehr kommen, ist das eine. Die andere Frage ist, wohin das führt. Wo es Minderheiten gibt, gibt es auch eine Mehrheit. In Sachsen, überall im Land. Wie also verständigt man sich mit denen, die die Dinge anders sehen als man selbst, wenn alltägliche Fragen schnell politisch werden?

„Selbst wenn jemand sagt, die Erde ist eine Scheibe, muss man das schlucken“, sagt Hänig. „Dann ist das aber nicht gefährlich.“ Das seien Menschen, die vielleicht einen Spleen hätten. Aber die könne eine Gesellschaft doch nicht ausschließen.

Und was ist mit rechten Gruppen wie den Freien Sachsen?

Da müsse man genauer hinsehen, sagt Hänig. Denn unter den Demonstranten seien viele, die gar nicht wüssten, was sie politisch wollen. Es sei auch nicht so, dass er selbst hinter allem stehe, was er auf Telegram teile. Hänig sagt, er sei zum Beispiel mit einer eritreischen Flüchtlingsfamilie befreundet. Und der Steinmetz Neubert sagt, in seiner Firma beschäftige er einen Iraner und einen Mann, der lieber als Frau leben wolle. „Jeder soll glücklich werden, wie er will. Ich will mir aber nicht vorschreiben lassen, wie ich leben soll und was ich zu denken habe.“

Zwischen den Fronten

Freibergs Oberbürgermeister Sven Krüger, früher ein Mann der SPD, seit ein paar Jahren parteilos, muss in diesen Tagen gleich an mehreren Fronten kämpfen. Es geht vor allem darum, ob und wie er verlorenes Vertrauen wiedergewinnen kann. Manche Freiburger nehmen Krüger übel, dass er den traditionellen Weihnachtsmarkt absagte. Kurz vor Beginn und entgegen vorherigen Beteuerungen. Zudem gibt es Ärger mit der Initiative um Neubert und Hänig. Die wirft Krüger vor, im Herbst den Dialog mit ihr abgebrochen zu haben. Und auch, dass er einen offenen Brief der Initiative „Freiberg für alle“ unterzeichnete, die sich „für Toleranz“ und „gegen volksverhetzende Aussagen“ einsetzt.

Zudem muss Krüger ein Feuer austreten, das sein Baubürgermeister entzündet hat. Der hat vor einigen Wochen ein Interview gegeben, in dem er die 2G-Regeln mit politischer Verfolgung gleichsetzte.

Und dann ist da ein Problem, das die Impfpflicht für Pflegekräfte betrifft und das lokale Seniorenheim. Krüger sieht einen Pflegemangel auf sich zukommen, für den er keine Lösung weiß. „Wir haben einen Aufnahmestopp in unseren Seniorenheimen durchführen müssen“, sagt Krüger im Rathaus. „Weil wir im Moment davon ausgehen, dass ein Teil der Mitarbeiterschaft bei einer sektoralen Impfpflicht nicht mehr als Arbeitskräfte zur Verfügung“ steht. Er rechnet vor: 100 Prozent Belegung, in der Belegschaft „eine Quote von etwa 30 Prozent Ungeimpften“. Mit nur 70 Prozent des bisherigen Personals werde es nicht möglich sein, voll belegte Heime zu versorgen. Im Moment sei die Nachfrage nach Pflegeheimplätzen etwas geringer als normal. Das werde sich aber irgendwann wieder umkehren. „Hoffentlich haben wir bis dahin eine entsprechende Lösung“, sagt Krüger.

Freiberg wäre wohl nicht Freiberg, wenn daraus nicht umgehend ein Politikum würde. An diesem Samstag sagt der Aufsichtsratsvorsitzende der Pflegeheime im Gespräch mit dieser Zeitung, der Aufnahmestopp sei aus seiner Sicht kein Thema mehr. Am Ende steht Krügers Aussage gegen die Aussage eines politischen Gegenspielers. Denn der Aufsichtsratschef ist im Landkreis ein einflussreicher Mann der CDU.

Jetzt aber sitzt Krüger, silberner Bergmann-Anstecker mit gekreuzten Hämmern am Revers, an einem ovalen Konferenztisch und versucht sich an einer Erklärung, warum sein Freiberg ein Zentrum des Protests in Sachsen ist.

„Freiberg“, sagt er, „ist ein kleines Sachsen.“ Sozial. Kulturell. Und überhaupt. Freiberg liege schon geografisch fast in der Mitte Sachsens. Man habe eine Stadtgesellschaft, habe Industrie, eine Universität, die berühmte Bergakademie, aber genauso Ortsteile mit dörflicher Struktur. „Wenn Sie sich die Wahlen anschauen, hat Freiberg in den letzten Jahren fast immer so abgestimmt wie Sachsen insgesamt, teils sogar auf die Zehntelstelle genau.“ Freiberg stelle also „sehr gut einen repräsentativen Schnitt unseres Freistaats dar“.

Ist die Kritik noch „sachgetrieben“?

Lange Zeit, so sieht es der OB, seien die Proteste gegen die Coronapolitik von Menschen aus der Mitte der Gesellschaft dominiert worden. Seit dem vorigen Herbst kam es ihm so vor, die Kritik sei nicht mehr „sachgetrieben“. Zum Jahresende hätten die Freien Sachsen die Demonstrationen vereinnahmt. Die sogenannten Spaziergänge, zu denen die Partei aufrief, waren nach den sächsischen Bestimmungen zuletzt nicht zulässig. Also, sagt Krüger, habe er

entschieden, dass es keine Basis für weitere Gespräche gebe. Er sagt: „Wenn jemand einen vermeintlichen Rechtsbruch beklagt, kann er nicht einen eigenen Rechtsbruch begehen, um diesen zu beklagen.“ Das passe für ihn nicht zusammen. Er sei aber offen für einen Dialog.

Ab kommendem Montag sollen in Sachsen Proteste mit bis zu 1000 Teilnehmern wieder erlaubt sein.

Wenn Krüger nach den Gründen für die schwierige Stimmung sucht, findet er Fehler. Allerdings nicht unbedingt eigene, eher die der Landesregierung in Dresden. Er sagt, es sei falsch gewesen, im Herbst das Impfzentrum schließen zu lassen, auf Empfehlung des Landes. Und es nur „drei, vier Wochen später wieder massiv hochzufahren“. Das verstand niemand. Auch die kurzfristige Absage des Weihnachtsmarkts, sagt Krüger, sei natürlich unglücklich gewesen. Auf Anordnung aus Dresden.

Letztlich kann Krüger die Frage nicht beantworten, warum Freiberg und warum Sachsen zu Zentren des Protests geworden sind. „Wenn ich darauf eine Antwort hätte“, sagt er, „würde ich sie Ihnen gerne geben.“ Dann hätten er und seine Leute auch eine Möglichkeit, eine Lösung zu finden.

Nun aber muss er schnell zum nächsten Termin, Vertreter der Polizei treffen, um das Sicherheitskonzept für die kommende Stadtratssitzung zu besprechen. Dort soll abgestimmt werden, ob sein polemisierender Baubürgermeister von der CDU abgesetzt wird. Die Freien Sachsen mobilisieren dagegen. Drei Tage später scheitert die Abwahl.

Die Linke-Politikerin Jana Pinka, Mitglied des Freiburger Stadtrats, sagt, sie sei fassungslos, was seit einiger Zeit in ihrer Stadt geschehe. Die frühere Landtagsabgeordnete ist im Bündnis „Freiberg für alle“ aktiv, deren offenen Brief der Oberbürgermeister unterzeichnet hat. Pinka ist in Freiberg aufgewachsen. Sie kennt viele persönlich, die heute auf die Straße gehen.

„Ich habe mit manchen von ihnen gegen Nazis gekämpft, Anfang der 90er-Jahre. Die laufen denen jetzt hinterher“, sagt sie. Anfangs habe sie einige Leute noch getroffen, versucht zu verstehen und auch mal gesagt: „Das bist doch gar nicht du!“ Inzwischen habe sie es aufgegeben. Sie stehen auf unterschiedlichen Seiten, die Verbindung dazwischen scheint manchmal wie abgerissen. Trotzdem sagt Pinka: „Ich glaube, dass wir 50 Prozent der Leute wieder erreichen können.“

Allerdings gab es Ende Oktober Morddrohungen gegen sie. Auf ein Brückengeländer im Albertpark, an dem die Montagsdemonstrationen starten, hatten Unbekannte geschrieben: „Pinka töten, rote Sau“. Der für politisch motivierte Straftaten zuständige Staatsschutz ermittelt.

Pinka sagt, es könne umgehend Gesprächsangebote geben, um die allgemeine Stimmung zu beruhigen. Sie sagt, man könnte in verständlicher Sprache PCR-Tests erklären. Oder wie genau eine Impfung funktioniert und was im Körper passiert. Außerdem würden Dinge helfen, die verbinden, um die es keinen Streit gebe. „Ich glaube, dass es gemeinsame Projekte braucht. Dass man an einem Ding, und sei es, eine Grube auszuheben, gemeinsam etwas macht, wo man stolz darauf ist: auf die Stadt und das gemeinsame Tun.“

Pinka sagt, sie glaube, dass die Wut, die sich nun äußere, die Folge einer langen Entwicklung in Sachsen ist. In den vergangenen 30 Jahren habe man eine Partei gehabt, die CDU, „die hatte immer recht“. Man habe nie versucht, ernsthaft Ideen, Sorgen und Nöte einer anderen Seite aufzunehmen. „Bürgerbeteiligungsprozesse finden de facto nicht statt.“

Spagat für die Polizei

Nun steht auch die Polizei ständig zwischen den Lagern, den friedlichen Demonstranten und weniger friedlichen. Denen, die sich um ihre Gesundheit und ihre Gemeinschaft sorgen, und jenen, die sich um ihre Freiheit sorgen. Wie soll die Polizei diesen Spagat schaffen: Regeln gegen Tausende renitente Bürger durchsetzen und für alle Bürger da sein?

Hagen Husgen ist Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei Sachsen. Er sagt, dass die aktuelle Situation die Polizei „sehr belastet“. Was jetzt passiere, habe er in seinem Beruf noch nicht erlebt. „Wir werden bei manchen Demonstrationen schlichtweg überlaufen.“ Egal, was die Polizei tue, „wir können derzeit keinen Blumentopf gewinnen“. Vor Jahren, bei Pegida, seien zu Spitzenzeiten 25.000 Menschen auf die Straße gegangen. Aber diese Veranstaltungen seien angemeldet gewesen. Die Polizei habe sich vorbereiten und Konzepte erstellen können. Das lassen die vielen unangemeldeten Spaziergänge nicht mehr zu, zumal sie zeitgleich in vielen Städten stattfinden.

Husgen, der aus Weißwasser stammt, sorgt sich, dass der gute Ruf der Polizei Schaden nimmt. Dass es zur einer Entfremdung kommt, zwischen Bürgern und ihr. Er sagt, er

wünsche sich eine Politik, die Versammlungen auch jetzt zulasse. Laut der aktuellen Verordnung begehen Sachsen schon eine Ordnungswidrigkeit, wenn sich mehr als zehn versammeln. „Man muss schauen, ob die aktuellen Regelungen noch lebensnah sind.“ Und was sie verursachen.

Die Demonstranten, sagt Husgen, seien weit überwiegend aus der Mitte der Gesellschaft, darunter Familien und Senioren. Ihr Protest würde leider von Radikalen instrumentalisiert. Und das führe dazu, dass die Polizei in Sachsen vor lauter Coronaalarm kaum noch dazu kommt, ihre eigentliche Arbeit zu erledigen. Kaum Präventionsangebote, kaum Tempo- und Verkehrskontrollen, kaum normale Streifenfahrten. „Das merken die Leute“, sagt Husgen. „Und das wird uns auf lange Sicht teuer zu stehen kommen.“ Denn die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass es gerecht zugeht im Land.

Nur wenige Tage ist es her, dass der Orthopäde Holger Knauf in seiner Freiburger Praxis einen Text ausgehängt hat. Es ging um die Impfpflicht für medizinisches Personal. Aufgrund der Datenlage solidarisiere sich die Praxis mit Impfskeptikern in diesem Bereich, steht darin. Bei „unveränderter politisch motivierter Vorgehensweise“ müsse die Praxis vorübergehend schließen. Das Schreiben fand seinen Weg ins Internet, auch in die Kanäle der Freien Sachsen. Der Arzt fand viel Zuspruch – und Kritik. Andere Freiburger Ärzte widersprachen in einem offenen Brief der Behauptung Knaufs, Impfstoffe seien nur unzureichend erprobt.

Am vergangenen Montag empfängt Knauf in seiner Praxis. Er deutet auf die Masken der Reporter, die „Läppchen“ könne man ruhig abnehmen. Der Arzt beginnt das Gespräch vorsichtig, er nennt die Formulierung in seinem Aushang „teilweise unglücklich“. Dann versucht er zu erklären, wie das alles zustande kam. Er selbst sei geimpft, zwei von drei seiner Mitarbeiter aber nicht, und die wolle er nicht zwingen. Er sagt: „Wer sich bis heute nicht hat impfen lassen, tut es nicht mehr.“ Und wenn demnächst die Zertifikate der Genesenen abliefen, habe er ein Problem. Dann werde sich zeigen, ob er noch genügend Personal habe oder schließen müsse. Knauf sagt, er halte die Hoffnung vieler Kollegen für verfehlt, dass ein Großteil ihrer Mitarbeiter sich impfen lassen würde.

Der Landrat hat Knauf aufgefordert, seine Aussagen zur angeblich unsicheren Datenlage der Corona-Impfungen zu belegen. Außerdem haben mehr als 50 Ärzte aus Freiberg und Umgebung eine „Richtigstellung von Falschinformationen zu Covid-Impfstoffen“ veröffentlicht. Sie sagen, Knaufs Behauptungen seien „schlichtweg falsch“. In einem Punkt

aber geben einige Kollegen ihm recht. Auch sie glauben, dass medizinische und pflegerische Einrichtungen große Probleme bekommen könnten, weil ein Teil ihres Personals kündigen würde. Wegen der Impfpflicht.

Der Ortsversteher und der Stülpner Karl

Vielleicht hilft etwas Abstand, die Dinge klarer zu sehen. In einem Büro in Dresden-Neustadt ist Freiberg weit weg und doch nahe. Albrecht Nollau leitet dort den evangelischen Kirchenbezirk, aber er hat nicht immer in Dresden gelebt. An der Wand hängt ein Diplom über die Ehrenmitgliedschaft im Verein der Freiburger Berg- und Hüttenknappschaft. Nollau ist stolz darauf, wie er sagt.

Nollau ist 59 und stammt aus dem Erzgebirge, dem Herzland des Protests. Neun Jahre lang war er Pfarrer einer Freiburger Gemeinde. Er kennt die Stadt und die Leute, er ist dort verwurzelt. Ihn treibt noch immer um, was dort passiert. Warum seine Landsleute sich so heftig gegen die aktuelle Politik auflehnen. Zu einem Schluss ist er noch nicht gekommen, aber einige Gedanken hat er doch dazu.

Nollau sagt, die Menschen in dieser Gegend seien sehr mit ihrer Heimat verbunden, sie hingen an ihren Traditionen, an ihrer Lebensart. Das sehe man auch an der Kirche. Man habe in Sachsen eine der konservativsten Ausprägungen christlicher Gemeinschaften. Eines der Dinge, die Nollau zum Verständnis der gegenwärtigen Lage für wesentlich hält, ist Beständigkeit.

„Im Erzgebirge leben Menschen, die lange dort leben. Und dort wird man auch nicht so ganz schnell heimisch. Das braucht. Und wenn, dann ist man sehr stark verbunden.“ Dazu komme eine sächsische Knorzigkeit, im Erzgebirge mit eigener Ausprägung. Man kann das vielleicht am besten mit einer besonderen Art von Regionalstolz übersetzen. Jedenfalls, sagt Nollau, „es scheint in Sachsen einen speziellen Geist des persönlichen Widerstands zu geben“. Dann fängt er an, vom Stülpner Karl zu erzählen. Der Stülpner Karl war ein verrückter Hund und erzgebirgischer Volksheld des späten 18. und frühen 19. Jahrhunderts. Soldat, Wilderer, Fabrikant und ein rebellischer „Sohn der Wälder“.

Der Stülpner Karl sei gewissermaßen ein seelischer Sachsenspiegel. „Wir sind urig. Wir leisten Widerstand“, sagt Nollau. Die DDR und ihre Unterdrückung reichen ihm als

Erklärung jedenfalls nicht aus. „Die haben viele. Das ist lange her.“ Er weist deshalb auch den Vergleich zurück, den manche Demonstranten gerne heranziehen, wenn sie ihren Widerstand gegen die Coronapolitik begründen: alles schon gesehen, alles schon erlebt, in der DDR.

Nollau sagt, er glaube eher, dass viele Menschen sich als wirkungslos empfinden. Als ungehört. Das bedeute, dass sie das Gefühl hätten, ihre Umgebung und ihre Welt nicht mehr zu verstehen. Und sie nicht mehr gestalten können. Eine Art Ohnmacht also. „Das“, sagt Nollau, „scheint mir eine Grundströmung zu sein.“

Nollau sagt, es könnte einen Ausweg geben. Eine Brücke über den Graben, der inzwischen auch Paare, Freunde, Familien durchzieht. Sich auf das einigen, was verbindet. Und Misstrauen durch Vertrauen ersetzen. Denn Grundmisstrauen mache krank, damit könne der Mensch nicht leben. Das sage er als Theologe. Und wohl auch als Mensch.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/236271282>